

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bebauungspläne
und Genehmigungen
IX. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin
Telefon 90295 - 5002 / 5003
Fax 90295 - 6515
E-Mail bvv.buero@ba-pankow.de
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>
Berlin, den 04.09.2024

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen ein.

am Mittwoch, 11.09.2024

um 19:30 Uhr

im Haus 7, BVV-Saal, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin, Fröbelstraße 17

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung
- 2 Protokollkontrolle (Protokolle vom 13.03.2024, 10.04.2024, 24.04.2024 und 26.06.2024)(5 min.)
- 3 weiteres Vorgehen Vorhaben Prenzlauer Allee 104 / Erich-Weinert-Str. 95 der Archigon Architekten (15 min.)
- 4 Bericht aus dem Bezirksamt (30 min.)
- 5 Drucksachen
 - 5.1 Pankow sagt ja zur Windkraft
Drucksache: IX-0941 (10 min.)
 - 5.2 Unterbringung von Flüchtlingen verträglich organisieren
Drucksache: IX-0843 (10 min.)
 - 5.3 Alte Schäferei: Erst Verkehrslösung, dann Neubauvorhaben
Drucksache: IX-0656 (10 min.)
 - 5.4 Bus-Erschließung des Neuen Stadtquartiers „Alte Schäferei“
Drucksache: IX-0961 (10 min.)
 - 5.5 Nahverkehrsknoten Elisabethaue
Drucksache: IX-0962 (10 min.)
- 6 Sonstiges (5 min.)

Nichtöffentlicher Teil

7 Baulistenberatung

7.1 Vorgang 1140-2024-4612 Lilli-Henoch-Straße 10, 10405 Prenzlauer Berg (15 min.)

8 Sonstiges

Mit freundlichen Grüßen

gez. Sascha Groß

Ausschussvorsitz



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

05.06.2024 BVV

BVV/023/IX

Betreff: Pankow sagt ja zur Windkraft

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen dafür einzusetzen, zusätzliche Flächen für die Nutzung von Windenergie in Pankow auszuweisen und dadurch den Beitrag Pankows zur Erreichung der Berliner Ausbauziele gem. Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) zu erhöhen. Für die Errichtung weiterer Windkraftanlagen sollen insbesondere Potenzialflächen mit möglichst geringem Konfliktrisiko bei Natur- und Artenschutz, Kompensationsmaßnahmen und Erholungsnutzung, wie zum Beispiel die Nutzung von aktuellen oder zukünftigen Gewerbegebieten, in Betracht gezogen werden.

Dem Bezirksamt wird ergänzend empfohlen, sich bei der Senatsverwaltung dafür einzusetzen, dass

- neben dem Landschaftsprogramm auch die Biotopverbundplanung Pankow bei der Bewertung des Konfliktrisikos einbezogen wird und der Konfliktrisikowert erhöht wird, falls es bei der Zerschneidung von linearen Verbindungen durch eine Windkraftanlage keine alternativen Biotopverbund-Verbindungen gibt,
- beim Konfliktrisikowert von (potenziellen, zukünftigen) Erholungsflächen die Bedarfe aller künftigen Stadtentwicklungsprojekte in Pankow betrachtet werden, selbst wenn diese noch nicht den in der Studie festgelegten minimalen formalen Planungsfortschritt erreicht haben,
- technische Lösungen wie automatische Abschaltvorrichtungen für die Minimierung des Zielkonflikts mit dem Artenschutz genutzt und weiterentwickelt werden,

- für die Detailanalyse bei Artenschutzkonflikten wie mit Vogellebensräumen und Fledermausquartieren durch die Senatsverwaltung rechtzeitig eine ausreichende Kartierung erstellt wird bzw. dem Bezirk die Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, diese Kartierungen selbst vornehmen zu können.

Berlin, den 31.05.2024

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
gez. BV Almuth Tharan, BV Christoph Göring, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Bis 2045 soll Berlin klimaneutral sein. Dafür muss die Gesamtsumme der Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 70 Prozent und in den folgenden Jahrzehnten um über 95 Prozent im Vergleich zu der Gesamtsumme der Kohlendioxidemissionen des Jahres 1990 verringert werden. Diese ambitionierten Ziele lassen sich unter anderem nur erreichen, wenn alle nachhaltigen Möglichkeiten genutzt werden, um auf erneuerbare Energien umzusteigen. Die Bundesregierung beabsichtigt in diesem Zusammenhang den Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch bis 2030 auf mindestens 80 % zu erhöhen. Einen wesentlichen Beitrag hierzu soll der Ausbau der Windenergie an Land erbringen.

Gem. Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) ist Berlin verpflichtet, 0,5 Prozent der Landesfläche (rund 446 ha) als Windenergiegebiete auszuweisen. Stadtstaaten können nach dem Gesetz ihr festgesetztes Flächenziel um bis zu 75 Prozent (für Berlin ca. 334 ha) kompensieren, indem sie Flächen eines anderen Bundeslands, das den eigenen Flächenbeitragswert übererfüllt hat, anteilig durch einen Staatsvertrag übertragen. Berlin ist gleichwohl verpflichtet, mindestens die übrigen rund 112 ha als Windenergiegebiet auszuweisen. Eine Nichterfüllung des Gesetzes durch Berlin würde bedeuten, dass der Bund diese Flächen festlegt. Berlin muss seine Hausaufgaben machen und zügig mindestens die Minimalanforderungen erfüllen.

Mit sechs in Betrieb befindlichen Windkraftanlagen leistet Pankow zwar bereits heute einen fundamentalen Beitrag zur Nutzung der Windenergie in Berlin, die bereits bestehenden Anlagen werden gleichwohl nicht in das neue Flächenziel gem. WindBG einberechnet. Unabhängig davon existieren im Bezirk weitere Potentialflächen für Windkraftanlagen, durch deren Nutzung der Bezirk seinen Beitrag erhöhen und dadurch für mehr Klimaschutz sorgen kann. Die sich derzeit in Pankow in der Planung befindenden Gewerbegebiete sollten im Besonderen in die Abwägung zur teilweisen Nutzung für Windkraftanlagen einbezogen werden.

In der Studie „Windenergienutzung in Berlin - Prüfkulisse für den Flächenbeitragswert“, die im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe erstellt wurde, wurden Anfang 2024 mehrere Flächen in Pankow identifiziert, die als theoretische Potenzialflächen für Windkraftanlagen beschrieben wurden. [1] Damit wurde erstmals eine evidenzbasierte Basis für weitere Verfahren und die Grundlage für eine sachliche Debatte geschaffen. Für den überwiegenden Anteil dieser Potenzialflächen stellt die Studie fest, dass ein sehr hohes und in vielen Fällen sich überlagerndes Konfliktrisiko besteht.

Ein effektiver Klimaschutz ist auch eine Voraussetzung für nachhaltigen Artenschutz, denn die schnelle Erwärmung der Erde beschleunigt den globalen Verlust an Artenvielfalt. Oftmals verhindert der schnell voranschreitende Klimawandel, dass sich Arten anpassen oder in neue Regionen migrieren können. [2] Um die besondere Schutzbedürftigkeit von Flora und Fauna in Pankow und in den hier ausgewiesenen Schutzgebieten, so insbesondere auch in Wäldern, zu unterstreichen, ist es politisch zudem zweckmäßig, die Einrichtung von

Windenergiegebieten auf oder in der unmittelbaren Nähe zu diesen Flächen besonders kritisch zu prüfen.

Mit der vorliegenden Drucksache soll der Pankower Öffentlichkeit verdeutlicht werden, dass sich die Bezirksverordnetenversammlung Pankow für eine die Potentiale bestmöglich ausschöpfende und nachhaltige Nutzung von Windkraft in Pankow ausspricht. Das Bezirksamt wird hierdurch in seinen Handlungsspielräumen gestärkt, im Rahmen von anstehenden Detailanalysen und ortsbezogenen Einzelfallbewertung verschiedene Konfliktrisiken abzuwägen und fachlich fundiert die zuständige Senatsverwaltung im Entscheidungsprozess zu unterstützen.

[1]

<https://www.berlin.de/sen/web/presse/pressemitteilungen/2024/pressemitteilung.1403204.php>

[2] <https://www.br.de/nachrichten/wissen/erderwaermung-wie-haengen-klimaschutz-und-artenschutz-zusammen,SyMiUMT>



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0941**Antrag**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

05.06.2024 BVV

BVV/023/IX

Betreff: Pankow sagt ja zur Windkraft**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen dafür einzusetzen, zusätzliche Flächen für die Nutzung von Windenergie in Pankow auszuweisen und dadurch den Beitrag Pankows zur Erreichung der Berliner Ausbauziele gem. Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) zu erhöhen. Für die Errichtung weiterer Windkraftanlagen sollen insbesondere Potenzialflächen mit möglichst geringerem Konfliktrisiko bei Erholungsnutzung, Natur- und Artenschutz und Kompensationsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Nutzung von Gewerbegebieten, in Betracht gezogen werden.

Dem Bezirksamt wird ergänzend empfohlen, sich bei der Senatsverwaltung dafür einzusetzen, dass

- neben dem Landschaftsprogramm auch die Biotopverbundplanung Pankow bei der Bewertung des Konfliktrisikos einbezogen wird und der Konfliktrisikowert erhöht wird, wenn es bei der Zerschneidung von linearen Verbindungen durch eine Windkraftanlage keine alternativen Biotopverbund-Verbindungen gibt,
- beim Konfliktrisikowert von (potenziellen, zukünftigen) Erholungsflächen die Bedarfe aller künftigen Stadtentwicklungsprojekte in Pankow betrachtet werden, selbst wenn diese noch nicht den in der Studie festgelegten minimalen formalen Planungsfortschritt erreicht haben,
- technische Lösungen wie automatische Abschaltvorrichtungen für die Minimierung des Zielkonflikts mit dem Artenschutz genutzt und weiterentwickelt werden,

- für die Detailanalyse beim Artenschutzkonflikten wie mit Vogellebensräumen und Fledermausquartieren durch die Senatsverwaltung rechtzeitig eine ausreichende Kartierung erstellt wird bzw. dem Bezirk die Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, diese Kartierungen selbst vornehmen zu können.

Berlin, den 29.05.2024

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
gez. BV Almuth Tharan, BV Christoph Göring, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

siehe 2. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Bis 2045 soll Berlin klimaneutral sein. Dafür muss die Gesamtsumme der Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 70 Prozent und in den folgenden Jahrzehnten um über 95 Prozent im Vergleich zu der Gesamtsumme der Kohlendioxidemissionen des Jahres 1990 verringert werden. Diese ambitionierten Ziele lassen sich unter anderem nur erreichen, wenn alle nachhaltigen Möglichkeiten genutzt werden, um auf erneuerbare Energien umzusteigen. Die Bundesregierung beabsichtigt in diesem Zusammenhang den Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch bis 2030 auf mindestens 80 % zu erhöhen. Einen wesentlichen Beitrag hierzu soll der Ausbau der Windenergie an Land erbringen.

Gem. Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) ist Berlin verpflichtet, 0,5 Prozent der Landesfläche (rund 446 ha) als Windenergiegebiete auszuweisen. Stadtstaaten können nach dem Gesetz ihr festgesetztes Flächenziel um bis zu 75 Prozent (für Berlin ca. 334 ha) kompensieren, indem sie Flächen eines anderen Bundeslands, das den eigenen Flächenbeitragswert übererfüllt hat, anteilig durch einen Staatsvertrag übertragen. Berlin ist gleichwohl verpflichtet, mindestens die übrigen rund 112 ha als Windenergiegebiet auszuweisen. Berlin muss seine Hausaufgaben machen und zügig mindestens die Minimalanforderungen erfüllen. Mit sechs in Betrieb befindlichen Windkraftanlagen leistet Pankow zwar bereits heute einen fundamentalen Beitrag zum Ausbau der Windenergie, die bereits bestehenden Anlagen werden gleichwohl nicht in das neue Flächenziel gem. WindBG einberechnet. Unabhängig davon existieren im Bezirk weitere Potentialflächen für Windkraftanlagen, durch deren Nutzung der Bezirk seinen Beitrag erhöhen und dadurch für mehr Klimaschutz sorgen kann. Die sich derzeit in Pankow in der Planung befindenden Gewerbegebiete sollten im Besonderen in die Abwägung zur teilweisen Nutzung für Windkraftanlagen einbezogen werden.

In der Studie „Windenergienutzung in Berlin - Prüfkulisse für den Flächenbeitragswert“, die im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe erstellt wurde, wurden Anfang 2024 [1] mehrere Flächen in Pankow identifiziert, die als theoretische Potenzialflächen für Windkraftanlagen beschrieben wurden. Damit wurde erstmals eine evidenzbasierte Basis für weitere Verfahren und die Grundlage für eine sachliche Debatte geschaffen. Für den überwiegenden Anteil dieser Potenzialflächen stellt die Studie fest, dass ein sehr hohes und in vielen Fällen sich überlagerndes Konfliktrisiko besteht. Eine Festlegung als Windenergiegebiet im Flächennutzungsplan ist auf diesen Flächen aufgrund der bestehen Konfliktrisiken nach hiesiger Bewertung nahezu ausgeschlossen.

Klimaschutz ist auch ein Beitrag zum Artenschutz, denn die schnelle Erwärmung der Erde beschleunigt den globalen Verlust an Artenvielfalt. Oftmals verhindert der schnell voranschreitende Klimawandel, dass sich Arten anpassen oder in neue Regionen migrieren können. Um die besondere Schutzbedürftigkeit von Flora und Fauna in Pankow und in den hier ausgewiesenen Schutzgebieten, so insbesondere auch in Wäldern, zu unterstreichen, ist es politisch dennoch zweckmäßig, die Einrichtung von Windenergiegebieten auf oder in der unmittelbaren Nähe zu diesen Flächen besonders kritisch zu prüfen.

Mit der vorliegenden Drucksache soll der Pankower Öffentlichkeit verdeutlicht werden, dass sich die Bezirksverordnetenversammlung Pankow für eine die Potentiale bestmöglich ausschöpfende und nachhaltige Nutzung von Windkraft in Pankow ausspricht. Das Bezirksamt wird hierdurch in seinen Handlungsspielräumen gestärkt, im Rahmen von anstehenden Detailanalysen und ortsbezogenen Einzelfallbewertung, verschiedene Konfliktrisiken abzuwägen und fachlich fundiert die zuständige Senatsverwaltung im Entscheidungsprozess zu unterstützen.

[1]

<https://www.berlin.de/sen/web/presse/pressemitteilungen/2024/pressemitteilung.1403204.php>



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

05.06.2024 BVV

BVV/023/IX

Betreff: Pankow sagt ja zur Windkraft

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen dafür einzusetzen, zusätzliche Flächen für die Nutzung von Windenergie in Pankow auszuweisen und dadurch den Beitrag Pankows zur Erreichung der Berliner Ausbauziele gem. Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) zu erhöhen. Für die Errichtung weiterer Windkraftanlagen sollen insbesondere Potenzialflächen mit möglichst geringem Konfliktrisiko bei Natur- und Artenschutz, Kompensationsmaßnahmen und Erholungsnutzung, wie zum Beispiel die Nutzung von aktuellen oder zukünftigen Gewerbegebieten, in Betracht gezogen werden.

Dem Bezirksamt wird ergänzend empfohlen, sich bei der Senatsverwaltung dafür einzusetzen, dass

- neben dem Landschaftsprogramm auch die Biotopverbundplanung Pankow bei der Bewertung des Konfliktrisikos einbezogen wird und der Konfliktrisikowert erhöht wird, falls es bei der Zerschneidung von linearen Verbindungen durch eine Windkraftanlage keine alternativen Biotopverbund-Verbindungen gibt,
- beim Konfliktrisikowert von (potenziellen, zukünftigen) Erholungsflächen die Bedarfe aller künftigen Stadtentwicklungsprojekte in Pankow betrachtet werden, selbst wenn diese noch nicht den in der Studie festgelegten minimalen formalen Planungsfortschritt erreicht haben,
- technische Lösungen wie automatische Abschaltvorrichtungen für die Minimierung des Zielkonflikts mit dem Artenschutz genutzt und weiterentwickelt werden,

- für die Detailanalyse bei Artenschutzkonflikten wie mit Vogellebensräumen und Fledermausquartieren durch die Senatsverwaltung rechtzeitig eine ausreichende Kartierung erstellt wird bzw. dem Bezirk die Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, diese Kartierungen selbst vornehmen zu können.

Berlin, den 31.05.2024

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
gez. BV Almuth Tharan, BV Christoph Göring, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input type="checkbox"/>	einstimmig
<input checked="" type="checkbox"/>	mehrheitlich
26	Ja-Stimmen
21	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur
Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

federführend

Begründung:

Bis 2045 soll Berlin klimaneutral sein. Dafür muss die Gesamtsumme der Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 70 Prozent und in den folgenden Jahrzehnten um über 95 Prozent im Vergleich zu der Gesamtsumme der Kohlendioxidemissionen des Jahres 1990 verringert werden. Diese ambitionierten Ziele lassen sich unter anderem nur erreichen, wenn alle nachhaltigen Möglichkeiten genutzt werden, um auf erneuerbare Energien umzusteigen. Die Bundesregierung beabsichtigt in diesem Zusammenhang den Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch bis 2030 auf mindestens 80 % zu erhöhen. Einen wesentlichen Beitrag hierzu soll der Ausbau der Windenergie an Land erbringen.

Gem. Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) ist Berlin verpflichtet, 0,5 Prozent der Landesfläche (rund 446 ha) als Windenergiegebiete auszuweisen. Stadtstaaten können nach dem Gesetz ihr festgesetztes Flächenziel um bis zu 75 Prozent (für Berlin ca. 334 ha) kompensieren, indem sie Flächen eines anderen Bundeslands, das den eigenen Flächenbeitragswert übererfüllt hat, anteilig durch einen Staatsvertrag übertragen. Berlin ist gleichwohl verpflichtet, mindestens die übrigen rund 112 ha als Windenergiegebiet auszuweisen. Eine Nichterfüllung des Gesetzes durch Berlin würde bedeuten, dass der Bund diese Flächen festlegt. Berlin muss seine Hausaufgaben machen und zügig mindestens die Minimalanforderungen erfüllen.

Mit sechs in Betrieb befindlichen Windkraftanlagen leistet Pankow zwar bereits heute einen fundamentalen Beitrag zur Nutzung der Windenergie in Berlin, die bereits bestehenden Anlagen werden gleichwohl nicht in das neue Flächenziel gem. WindBG einberechnet. Unabhängig davon existieren im Bezirk weitere Potentialflächen für Windkraftanlagen, durch deren Nutzung der Bezirk seinen Beitrag erhöhen und dadurch für mehr Klimaschutz sorgen kann. Die sich derzeit in Pankow in der Planung befindenden Gewerbegebiete sollten im Besonderen in die Abwägung zur teilweisen Nutzung für Windkraftanlagen einbezogen werden.

In der Studie „Windenergienutzung in Berlin - Prüfkulisse für den Flächenbeitragswert“, die im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe erstellt wurde, wurden Anfang 2024 mehrere Flächen in Pankow identifiziert, die als theoretische Potenzialflächen für Windkraftanlagen beschrieben wurden. [1] Damit wurde erstmals eine evidenzbasierte Basis für weitere Verfahren und die Grundlage für eine sachliche Debatte geschaffen. Für den überwiegenden Anteil dieser Potenzialflächen stellt die Studie fest, dass ein sehr hohes und in vielen Fällen sich überlagerndes Konfliktrisiko besteht.

Ein effektiver Klimaschutz ist auch eine Voraussetzung für nachhaltigen Artenschutz, denn die schnelle Erwärmung der Erde beschleunigt den globalen Verlust an Artenvielfalt. Oftmals verhindert der schnell voranschreitende Klimawandel, dass sich Arten anpassen oder in neue Regionen migrieren können. [2] Um die besondere Schutzbedürftigkeit von Flora und Fauna in Pankow und in den hier ausgewiesenen Schutzgebieten, so insbesondere auch in Wäldern, zu unterstreichen, ist es politisch zudem zweckmäßig, die Einrichtung von

Windenergiegebieten auf oder in der unmittelbaren Nähe zu diesen Flächen besonders kritisch zu prüfen.

Mit der vorliegenden Drucksache soll der Pankower Öffentlichkeit verdeutlicht werden, dass sich die Bezirksverordnetenversammlung Pankow für eine die Potentiale bestmöglich ausschöpfende und nachhaltige Nutzung von Windkraft in Pankow ausspricht. Das Bezirksamt wird hierdurch in seinen Handlungsspielräumen gestärkt, im Rahmen von anstehenden Detailanalysen und ortsbezogenen Einzelfallbewertung verschiedene Konfliktrisiken abzuwägen und fachlich fundiert die zuständige Senatsverwaltung im Entscheidungsprozess zu unterstützen.

[1]

<https://www.berlin.de/sen/web/presse/pressemitteilungen/2024/pressemitteilung.1403204.php>

[2] <https://www.br.de/nachrichten/wissen/erderwaermung-wie-haengen-klimaschutz-und-artenschutz-zusammen,SyMiUMT>



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0843

Antrag

Fraktion der CDU und Gruppe der FDP

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU und Gruppe der FDP

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

24.01.2024 BVV

BVV/020/IX

Betreff: Unterbringung von Flüchtlingen vertraglich organisieren**Die BVV möge beschließen:**

Die BVV spricht sich gegen die Errichtung weiterer Unterkünfte für Flüchtlinge im Ortsteil Buch sowie in bereits besonders in Anspruch genommenen weiteren Ortsteilen in Pankow aus.

Dem Bezirksamt Pankow von Berlin wird insofern empfohlen, sich an die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen zu wenden und deutlich zu machen, dass die Nutzung weiterer öffentlicher und privater Grundstücke zum Zwecke der Unterbringung von Flüchtlingen im Ortsteil Buch unter anderem aufgrund fehlender Infrastruktur nicht in Frage kommt.

Insbesondere spricht sich die BVV gegen eine Inanspruchnahme von Flächen, die aktuell dem Außenbereich gem. §35BauGB zugeordnet sind und in bereits aktuell überforderten Ortsteilen liegen aus. Dies betrifft insbesondere auch die Grundstücke entlang der Zepernicker Straße, die unmittelbar an der Stadtgrenze liegen und vollständig unerschlossen sind.

Berlin, den 17.01.2024

Einreicher: Fraktion der CDU und Gruppe der FDP,
 Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion
 Oliver Simon, Dr. Thomas Enge, Gruppe der FDP

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Das Land Berlin sieht sich hinsichtlich der aktuellen und künftigen Aufgaben für die Unterbringung von Flüchtlingen großen Herausforderungen gegenüber. Der Bezirk Pankow hat bisher einen berlinweit einmaligen Beitrag geleistet und wird auch weiterhin seinen Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderungen leisten. Diese große Aufgabe ist allerdings, im Sinne einer Realpolitik in der Migrationspolitik, gesamtstädtisch zu bewältigen und darf nicht allein mehrheitlich von einzelnen Ortsteilen, Kiezen und Nachbarschaften getragen werden, die bereits jetzt unter erheblichen Defiziten der öffentlichen Infrastruktur leiden.

Hierzu zählt unter anderem der Pankower Ortsteil Buch. In dem unmittelbar am Stadtrand gelegenen Ortsteil leben aktuell ca. 17.400 Einwohner. In zwei Gemeinschaftsunterkünften und einer Erstaufnahmeeinrichtung sind ca. 1.550 Menschen untergebracht. Dies entspricht einem Anteil von fast 10%. Gleichzeitig ist die öffentliche Infrastruktur trotz Förderprogrammen in den Jahren seit 2015 kaum mitgewachsen. So wurde bislang weder das Bildungs- und Integrationszentrum auf der Brunnengalerie errichtet, noch sind die längst überfälligen Sanierungsmaßnahmen an der Hufeland-Oberschule erfolgt. Die damit verbundenen Probleme lassen sich auch durch die Anzahl der Einsätze der Ordnungs- und Rettungskräfte verdeutlichen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0843

Antrag

Fraktion der CDU und Gruppe der FDP

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU und Gruppe der FDP

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

24.01.2024 BVV

BVV/020/IX

Betreff: Unterbringung von Flüchtlingen verträglich organisieren**Die BVV möge beschließen:**

Die BVV spricht sich gegen die Errichtung weiterer Unterkünfte für Flüchtlinge im Ortsteil Buch sowie in bereits besonders in Anspruch genommenen weiteren Ortsteilen in Pankow aus.

Dem Bezirksamt Pankow von Berlin wird insofern empfohlen, sich an die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen zu wenden und deutlich zu machen, dass die Nutzung weiterer öffentlicher und privater Grundstücke zum Zwecke der Unterbringung von Flüchtlingen im Ortsteil Buch unter anderem aufgrund fehlender Infrastruktur nicht in Frage kommt.

Insbesondere spricht sich die BVV gegen eine Inanspruchnahme von Flächen, die aktuell dem Außenbereich gem. §35BauGB zugeordnet sind und in bereits aktuell überforderten Ortsteilen liegen aus. Dies betrifft insbesondere auch die Grundstücke entlang der Zepernicker Straße, die unmittelbar an der Stadtgrenze liegen und vollständig unerschlossen sind.

Berlin, den 17.01.2024

Einreicher: Fraktion der CDU und Gruppe der FDP,
Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion
Oliver Simon, Dr. Thomas Enge, Gruppe der FDP

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
50	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
1	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen
Soziales, Senior*innen und Gesundheit
Partizipation und Integration
Kinder- und Jugendhilfe

federführend

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
_____	mehrheitlich
50	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
1	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

_____ Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen
 _____ Soziales, Senior*innen und Gesundheit
 _____ Partizipation und Integration
 _____ Kinder- und Jugendhilfe

federführend

Begründung:

Das Land Berlin sieht sich hinsichtlich der aktuellen und künftigen Aufgaben für die Unterbringung von Flüchtlingen großen Herausforderungen gegenüber. Der Bezirk Pankow hat bisher einen berlinweit einmaligen Beitrag geleistet und wird auch weiterhin seinen Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderungen leisten. Diese große Aufgabe ist allerdings, im Sinne einer Realpolitik in der Migrationspolitik, gesamtstädtisch zu bewältigen und darf nicht allein mehrheitlich von einzelnen Ortsteilen, Kiezen und Nachbarschaften getragen werden, die bereits jetzt unter erheblichen Defiziten der öffentlichen Infrastruktur leiden.

Hierzu zählt unter anderem der Pankower Ortsteil Buch. In dem unmittelbar am Stadtrand gelegenen Ortsteil leben aktuell ca. 17.400 Einwohner. In zwei Gemeinschaftsunterkünften und einer Erstaufnahmeeinrichtung sind ca. 1.550 Menschen untergebracht. Dies entspricht einem Anteil von fast 10%. Gleichzeitig ist die öffentliche Infrastruktur trotz Förderprogrammen in den Jahren seit 2015 kaum mitgewachsen. So wurde bislang weder das Bildungs- und Integrationszentrum auf der Brunnengalerie errichtet, noch sind die längst überfälligen Sanierungsmaßnahmen an der Hufeland-Oberschule erfolgt. Die damit verbundenen Probleme lassen sich auch durch die Anzahl der Einsätze der Ordnungs- und Rettungskräfte verdeutlichen.

Kinder- und Jugendhilfeausschuss Pankow
Beschlussempfehlung
Drucksache IX-0843
Betreff: Unterbringung von Flüchtlingen verträglich organisieren

Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss hat sich mit der vorliegenden Drucksache in seiner Sitzung vom 29.02.2024 beschäftigt und den Text wie folgt geändert:

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Dem Bezirksamt Pankow von Berlin wird empfohlen, sich mit Nachdruck bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung dafür einzusetzen, dass

- 1. die Unterbringung von Flüchtlingen zwischen den Berliner Bezirken gleichmäßiger verteilt wird und*
- 2. auch die Unterbringung von Flüchtlingen innerhalb des Bezirks Pankow über die 16 Bezirksregionen gleichmäßiger verteilt wird.*

Bei der Standortfrage ist die besonders für eine gute Integration der geflüchteten Menschen und die Akzeptanz von Flüchtlingsunterkünften notwendige zusätzliche Infrastruktur vor Ort (Kita, Schule, Jugendhilfe und soziale Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien, gesundheitliche Versorgung, intakte Spielplätze und Jugendorte) als wesentliches Entscheidungsmerkmal zu Grunde zu legen und zu stärken.

Begründung:

Der Ursprungsantrag enthält formell zwei Resolutionen nach § 29 Abs. 2 GO-BVV, die kein Verwaltungshandeln der Bezirksverwaltung oder der Hauptverwaltung zum Ziel haben, und einen Empfehlungsantrag nach § 29 Abs. 1 GO-BVV, gerichtet auf Verwaltungshandeln der Hauptverwaltung (Senatsverwaltungen). Dem folgt der Kinder- und Jugendhilfeausschuss nicht, sondern formuliert einen klaren Empfehlungsantrag zum Verwaltungshandeln der zuständigen Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.

Es geht dabei um zwei Ebenen: Zum einen um eine gleichmäßigere Verteilung von Unterbringungen für Geflüchtete zwischen den zwölf Berliner Bezirken und zum anderen um eine gleichmäßigere Verteilung auch innerhalb des Bezirks Pankow mit seinen 16 Bezirksregionen. Dazu bedarf es der Verstärkung und der Finanzierung der vorhandenen Infrastruktur vor Ort (Kita, Schule, Jugendhilfe und soziale Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien, gesundheitliche Versorgung, intakte Spielplätze und Jugendorte).

Der Bezirk Pankow leistet bereits heute einen wesentlichen Anteil bei der Unterbringung und bei der Integration geflüchteter Menschen innerhalb der Stadt Berlin. Von den aktuell (Stand 14.02.2024) insgesamt 35.017 in Berlin untergebrachten Geflüchteten leben im Bezirk Pankow 5.748 (16,56%). Im benachbarten Bezirk Reinickendorf leben 1.268 (3,65%). Allein in den drei Bezirken Pankow (5.748), Tempelhof-Schöneberg (4.815) und Marzahn-Hellersdorf (4.206) leben 42,55% der Geflüchtete. Unterbringung und Integration ist eine gemeinschaftliche Aufgabe der Stadt Berlin mit allen ihren 12 Bezirken. Diese gesellschaftlich bedeutsame Aufgabe

Kinder- und Jugendhilfeausschuss Pankow
Beschlussempfehlung
Drucksache IX-0843
Betreff: Unterbringung von Flüchtlingen verträglich organisieren

muss solidarisch und verträglich organisiert werden, auch um die wichtige Akzeptanz in der Nachbarschaft nicht zu verlieren.

Im Bezirk selbst sind die 7 Prognoseräume mit den 16 Bezirksregionen und 60 Planungsräumen als lebensweltlich orientierten Räume (LOR) die Grundlage für Planung, Prognose und Beobachtung demografischer und sozialer Entwicklungen. In den Pankower Bezirksregionen 01 (Buch), 04 (Karow) und 14 (Prenzlauer Berg Ost) ist dabei die Dichte von bestehenden großen Flüchtlingsunterkünften mit vielen geflüchteten Menschen bezirkswweit, als auch berlinweit, besonders hoch. Auch sind in diesen Bezirksregionen Einrichtungen der Obdachlosenhilfe nach dem Berliner Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG Bln) verortet; mit eigenen Problemlagen. Die vorhandene Infrastruktur vor Ort in den für eine gute Integration so wichtigen Bereichen Jugend, Schule und Familie, Soziales, Gesundheit, Spielplatzversorgung und ehrenamtliche Unterstützung ist stark belastet, teilweise überlastet.

Deswegen besteht die Notwendigkeit bei Entscheidungen der Hauptverwaltung über neue oder den Ausbau bestehender Standorte, die bereits in diesen Bezirksregionen vorhandene infrastrukturelle Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit zur wesentlichen Grundlage zu machen und zu stärken.

Mit dem Inhalt der Resolution zur Inanspruchnahme einer Fläche entlang der Zepernicker Straße hat sich der Kinder- und Jugendhilfeausschuss mangels Kenntnis der tatsächlichen Sach- und Rechtslage fachlich nicht beschäftigt.

Der Antrag in geänderter Fassung wurde bei 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen angenommen.

Gez. Paul Schlüter
Ausschussvorsitzender

Bitte nach Beratung zeitnah zurück an das Büro der BVVBüro der Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

07.02.24

Nachweis über den Bearbeitungsstand von in Ausschüsse überwiesenen Drucksachen**Drucksachenummer: IX-0843****Betreff: Unterbringung von Flüchtlingen verträglich organisieren**Die Drucksache wird überwiesen in den Ausschuss für (*federführend*):**Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen**

sowie in den Ausschuss für

Soziales, Senioren*innen und Gesundheit**Partizipation und Integration****Kinder- und Jugendhilfeausschuss**

Ergebnis der Ausschusssitzung am 23.04.2024

 vom Einreicher **zurückgezogen**

Unterschrift Einreicher: _____

 vertagt**im Ausschuss abgelehnt** JA NEIN Enthaltungen **mit Änderungen beschlossen** JA NEIN Enthaltungen **ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen** JA NEIN Enthaltungen

Text Beschlussempfehlung:

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Dem Bezirksamt Pankow von Berlin wird empfohlen, sich mit Nachdruck bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung dafür einzusetzen, dass

1. die Unterbringung von Flüchtlingen zwischen den Berliner Bezirken gleichmäßiger verteilt wird und
2. auch die Unterbringung von Flüchtlingen innerhalb des Bezirks Pankow über die 16 Bezirksregionen gleichmäßiger verteilt wird.

Bei der Standortfrage ist die besonders für eine gute Integration der geflüchteten Menschen und die Akzeptanz von Flüchtlingsunterkünften notwendige zusätzliche Infrastruktur vor Ort (Kita, Schule, Jugendhilfe und soziale Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien, gesundheitliche Versorgung, intakte Spielplätze und Jugendorte sowie verkehrliche und grüne Infrastruktur) als wesentliches Entscheidungsmerkmal zu Grunde zu legen und zu stärken.

Begründung des Ausschusses:

Der Ausschuss für Partizipation und Integration hat die Drucksache am 23. April 2024 in der Form der vom Kinder- und Jugendhilfeausschuss beschlossenen Variante diskutiert. Er hatte beschlossen, dass der Einschub „verkehrliche und grüne Infrastruktur“ noch in die Klammer der Kriterien für die Standortauswahl von Flüchtlingsunterkünften ergänzt werden soll.

Es wurde beraten, ob der Antrag hätte mit der Drucksache IX-0855 fusioniert werden bzw. ob letzterer nicht durch den vorgelegten Antrag komplett hätte entfallen können.

Insgesamt hatte sich der Ausschuss für das Ansinnen des Antrags ausgesprochen und hierbei festgestellt, dass die Verteilung von Geflüchteten in der Stadt und im Bezirk in der Zukunft anders erfolgen muss, als dies bisher geschieht.

Der Ausschuss sprach sich mit 12 JA-Stimmen bei einer Enthaltung für den vorgelegten Antrag aus.

Stellungnahme vom Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Gesundheit

Drucksache: IX-0843 Unterbringung von Flüchtlingen verträglich organisieren

Der Ausschuss hat die Drucksache IX-0843 Unterbringung von Flüchtlingen verträglich organisieren in seiner Sitzung vom 28.05.2024 beraten und empfiehlt bei 14 Ja-Stimmen, keinen Nein-Stimmen und keinen Enthaltungen die Annahme der Drucksache in der vom Parlnt-Ausschuss geänderten Form. Inhaltlich schließt sich der Ausschuss den Stellungnahmen der vorherigen Ausschüsse an.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0656

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

14.06.2023 BVV

BVV/015/IX

Betreff: Alte Schäferei: Erst Verkehrslösung, dann Neubauvorhaben**Die BVV möge beschließen:**

Die Bezirksverordnetenversammlung spricht sich für eine verträgliche, aus der Ortsüblichkeit entwickelte Bebauung der Flächen der sog. Alten Schäferei in Französisch Buchholz aus und ersucht das Bezirksamt, dies im Rahmen eines möglichen künftigen Bebauungsplanverfahrens zu berücksichtigen. Zudem wird das Bezirksamt ersucht, die Ergebnisse der noch zu erstellenden Rahmenplanung Französisch Buchholz (Drs. VIII-1561) in die Zielformulierung dieses künftigen Bebauungsplanes einfließen zu lassen.

In jedem Fall ist für eine Bebauung der Alten Schäferei die leistungsfähige verkehrliche Erschließung mit dem schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr (S-Bahnhöfe Bucher Straße und Schönerlinder Straße), die mit der Fertigstellung des Bauvorhabens zeitlich einhergeht, Voraussetzung.

Das Bezirksamt wird ersucht, diese Position der BVV gegenüber der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sowie Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz deutlich zu machen und im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf hinzuwirken.

Gleichzeitig positioniert sich die BVV hiermit dazu, einen entsprechenden B-Plan nur unter diesen Prämissen zu beschließen.

Berlin, den 07.06.2023

Einreicher: Fraktion der CDU

Denise Bittner, Daniel Hauer und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die verkehrlichen Defizite im Norden Pankows liegen auf der Hand. Die heutige Tram 50 liegt in den Spitzen bei 100 % Auslastung. Die Straßen sind zugestaut, so dass jeder im Stau steht, auch die Busse 150 und 154, die derzeit wichtige Erschließungsmaßnahmen zum S-Bahnhof Blankenburg übernehmen.

Gleichzeitig stellt die geplante Bebauung der "Alten Schäferei" nach Aussagen des BA vom 12. Mai, mit 3900 WE die Maximalbebauung dar. Mit weiteren WE, die im Norden entstehen und bereits entstanden sind, ist der Verkehrskollaps bereits jetzt schon eingetreten. Dieser lässt sich nur durch eine attraktive ÖPNV-Anbindung lösen. Wozu alleine eine Durchbindung der Tram von Nordend nach Französisch Buchholz nicht ausreicht.

Um aus der Vergangenheit zu lernen und nicht wieder auf einer versprochenen U8 wie im Märkischen Viertel sitzen zu bleiben, kann unsere Position nur sein: Weiter Wohnungen nur mit S-Bahn.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0656

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
Antrag, Fraktion der CDU
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

14.06.2023 BVV

BVV/015/IX

Betreff: Alte Schäferei: Erst Verkehrslösung, dann Neubauvorhaben**Die BVV möge beschließen:**

Die Bezirksverordnetenversammlung spricht sich für eine verträgliche, aus der Ortsüblichkeit entwickelte Bebauung der Flächen der sog. Alten Schäferei in Französisch Buchholz aus und ersucht das Bezirksamt, dies im Rahmen eines möglichen künftigen Bebauungsplanverfahrens zu berücksichtigen. Zudem wird das Bezirksamt ersucht, die Ergebnisse der noch zu erstellenden Rahmenplanung Französisch Buchholz (Drs. VIII-1561) in die Zielformulierung dieses künftigen Bebauungsplanes einfließen zu lassen.

In jedem Fall ist für eine Bebauung der Alten Schäferei die leistungsfähige verkehrliche Erschließung mit dem schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr (S-Bahnhöfe Bucher Straße und Schönerlinder Straße), die mit der Fertigstellung des Bauvorhabens zeitlich einhergeht, Voraussetzung.

Das Bezirksamt wird ersucht, diese Position der BVV gegenüber der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sowie Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz deutlich zu machen und im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf hinzuwirken.

Gleichzeitig positioniert sich die BVV hiermit dazu, einen entsprechenden B-Plan nur unter diesen Prämissen zu beschließen.

Berlin, den 07.06.2023

Einreicher: Fraktion der CDU

Denise Bittner, Daniel Hauer und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

_____ federführend
_____ Mobilität und öffentliche Ordnung
_____ Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

Begründung:

Die verkehrlichen Defizite im Norden Pankows liegen auf der Hand. Die heutige Tram 50 liegt in den Spitzen bei 100 % Auslastung. Die Straßen sind zugestaut, so dass jeder im Stau steht, auch die Busse 150 und 154, die derzeit wichtige Erschließungsmaßnahmen zum S-Bahnhof Blankenburg übernehmen.

Gleichzeitig stellt die geplante Bebauung der "Alten Schäfererei" nach Aussagen des BA vom 12. Mai, mit 3900 WE die Maximalbebauung dar. Mit weiteren WE, die im Norden entstehen und bereits entstanden sind, ist der Verkehrskollaps bereits jetzt schon eingetreten. Dieser lässt sich nur durch eine attraktive ÖPNV-Anbindung lösen. Wozu alleine eine Durchbindung der Tram von Nordend nach Französisch Buchholz nicht ausreicht.

Um aus der Vergangenheit zu lernen und nicht wieder auf einer versprochenen U8 wie im Märkischen Viertel sitzen zu bleiben, kann unsere Position nur sein: Weiter Wohnungen nur mit S-Bahn.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0656

Änderungsantrag
Fraktion Bündnis90/ Die Grünen

Ursprung:
Antrag, Fraktion der CDU
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
14.06.2023 BVV

BVV/015/IX

Betreff: Alte Schäferei: Erst Verkehrslösung, dann Neubauvorhaben

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung spricht sich für eine im Kontext des gesamten Bezirks verträgliche, aus der Ortsüblichkeit entwickelte, aber darüber hinaus gehende und insbesondere flächensparende Bebauung der Flächen der sog. Alten Schäferei in Französisch Buchholz aus und ersucht das Bezirksamt, dies im Rahmen eines künftigen Bebauungsplanverfahrens zu berücksichtigen. Zudem wird dem Bezirksamt empfohlen, sich beim Senat für die Unterstützung bei der Erstellung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für Französisch-Buchholz einzusetzen, das die bestehende Ortslage sowie die verschiedenen möglichen Wohnungsbaustandorte umfasst, und diese Perspektive in die Zielformulierung dieses künftigen Bebauungsplanes einfließen zu lassen.

In jedem Fall ist für eine Bebauung der Alten Schäferei die ausreichend leistungsfähige verkehrliche Erschließung mit dem Umweltverbund aus Rad- und Fußverkehr sowie dem schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr (Straßenbahn, S-Bahnhöfe wie Bucher Straße und ergänzend Schönerlinder Straße), die mit der Fertigstellung des Bauvorhabens zeitlich einhergeht, Voraussetzung. Eine auf diese verkehrliche Erschließung ausgerichtete Bebauung kann und soll falls notwendig sukzessive in Bauabschnitten durchgeführt und mit zeitweiligen verkehrlichen Überbrückungen unterstützt werden.

Das Bezirksamt wird ersucht, diese Position der BVV gegenüber dem regierenden Bürgermeister, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sowie Mobilität, Verkehr, Klima und Umwelt deutlich zu machen und im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf hinzuwirken.

Gleichzeitig positioniert sich die BVV hiermit dazu, diese Prämissen beim Beschluss eines entsprechenden B-Plan zu berücksichtigen.

Berlin, den 07.06.2023

Einreicher: Fraktion Bündnis90/ Die Grünen
 BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

_____ federführend
_____ Mobilität und öffentliche Ordnung
_____ Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

Begründung:

Alle Bauvorhaben benötigen eine ausreichende verkehrliche, grüne und soziale Infrastruktur, die mit geplant werden muss und nicht erst weit nach erfolgter Verdichtung oder Fertigstellung eines neuen Stadtquartiers geschaffen werden darf.

Um dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum zu schaffen sollen in Pankow auch neue Stadtquartiere wie die „Alte Schäferei“ entstehen. Die Entwicklung mithilfe eines Bebauungsplans ermöglicht u.a. eine bauliche Nutzung, die sich nach Art und Maß sowie der Bauweise nicht so in die nähere Umgebung einfügen muss, wie es über Bauanträge notwendig ist. Anders als bei Bauanträgen können nachhaltige Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse, soziale und kulturelle Bedürfnisse sowie Belange und des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes über Bebauungspläne geplant und festgesetzt werden.

Die vom Fachausschuss befürwortete und vom Bezirksamt als Arbeitsgrundlage beschlossenen Rahmenplanung ist bereits weit fortgeschritten und enthält die Grundbausteine für ein attraktives ÖPNV-Angebot des bevorzugt autoarmen Wohnquartiers. Eine leistungsfähige verkehrliche Erschließung mit dem schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr beinhaltet nicht nur U- und S-Bahn, sondern insbesondere auch die kostensparend und zügig auszubauende Straßenbahn. Auch der BVV-Beschluss zur Rahmenplanung „Französisch Buchholz“ beinhaltet die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur mit Fokus auf dem Umweltverbund.

Nach der Neubildung des Senats nach der Wiederholungswahl hat die Senatsverwaltung U MVK eine Abteilung abgegeben und den Namen zu MVKU gewechselt – dies sollte auch in Anträgen berücksichtigt werden, damit die BVV-Beschlüsse gegenüber der Landesebene als kompetent wahrgenommen werden. Wie im Rahmenplan beschrieben ist diese Senatsverwaltung für die Planung und den Ausbau des ÖPNV, des Radverkehrs und des übergeordneten Straßennetzes zuständig.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0961

Antrag

Linksfraktion

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen: Fraktion der SPD

Beratungsfolge:

03.07.2024 BVV

BVV/024/IX

Betreff: Bus-Erschließung des Neuen Stadtquartiers "Alte Schäferei"**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird beauftragt, bei der SenMVKU und der BVG darauf hinzuwirken, dass die Bus-Erschließung des Neuen Stadtquartiers (NSQ) „Alte Schäferei“, die im Masterplan vorgeschlagen wird, nach Westen über den Schillingweg - Buchholzer Straße - Hauptstr. (Blankenfelde) zum Bahnhof Blankenfelde der NEB, und nach Osten vom zukünftigen S-Bahnhof „Bucher Straße“ über Bucher Straße - Pankgrafenstraße zum S-Bahnhof Karow verlängert wird.

Bei entsprechender Nachfrage ist diese Kernrelation nach Alt Lübars zu verlängern.

Bei der Erstellung des B-Planes für das NSQ „Alte Schäferei“ sind die entsprechenden planerischen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Berlin, den 04.07.2024

Einreicher: Linksfraktion, Fraktion der SPD

Linksfraktion: BV Wolfram Kempe, BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer

Fraktion der SPD: Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen

beschlossen mit Änderung

abgelehnt

zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

federführend

Begründung:

Bei der Vorstellung des Masterplanes „Alte Schäferei“ im Ausschuss für Stadtentwicklung am ... wurde ausdrücklich betont, dass es keine Busverbindung zur Elisabethaue geben solle. Das Quartier Alte Schäferei darf jedoch kein, in der umliegenden Stadflandschaft isoliertes Quartier bleiben, zumal das dem Ziel, ein „autoarmes“ Wohnviertel zu bauen, entgegenläuft. Hier bietet sich eine Buslinie, die nicht nur die „Alte Schäferei“ sondern auch die Siedlungen Marthasaue und Elisabethaue erschließt, die direkte tangentielle Verbindung zum NSQ Elisabethaue schafft, die Ortslage Blankenfelde anschließt, mit mehreren Übergängen zu verschiedenen Straßenbahnlinien eine notwendige Redundanz im ÖPNV-System schafft und an ihren Endpunkten die Verbindung zum langlaufenden SPNV herstellt, geradezu an.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0961

Antrag

Linksfraktion

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

03.07.2024 BVV

BVV/024/IX

Betreff: Bus-Erschließung des Neuen Stadtquartiers "Alte Schäferei"**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird beauftragt, bei der SenMVKU und der BVG darauf hinzuwirken, dass die Bus-Erschließung des Neuen Stadtquartiers (NSQ) „Alte Schäferei“, die im Masterplan vorgeschlagen wird, nach Westen über den Schillingweg - Buchholzer Straße - Hauptstr. (Blankenfelde) zum Bahnhof Blankenfelde der NEB, und nach Osten vom zukünftigen S-Bahnhof „Bucher Straße“ über Bucher Straße - Pankgrafenstraße zum S-Bahnhof Karow verlängert wird.

Bei entsprechender Nachfrage ist diese Kernrelation nach Alt Lübars zu verlängern.

Bei der Erstellung des B-Planes für das NSQ „Alte Schäferei“ sind die entsprechenden planerischen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Berlin, den 25.06.2024

Einreicher: Linksfraktion

BV Wolfram Kempe, BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer

Begründung siehe Rückseite

siehe 2. Ausfertigung**Abstimmungsergebnis:**

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Bei der Vorstellung des Masterplanes „Alte Schäferei“ im Ausschuss für Stadtentwicklung am ... wurde ausdrücklich betont, dass es keine Busverbindung zur Elisabethaue geben solle. Das Quartier Alte Schäferei darf jedoch kein, in der umliegenden Stadflandschaft isoliertes Quartier bleiben, zumal das dem Ziel, ein „autoarmes“ Wohnviertel zu bauen, entgegenläuft. Hier bietet sich eine Buslinie, die nicht nur die „Alte Schäferei“ sondern auch die Siedlungen Marthasaue und Elisabethaue erschließt, die direkte tangentielle Verbindung zum NSQ Elisabethaue schafft, die Ortslage Blankenfelde anschließt, mit mehreren Übergängen zu verschiedenen Straßenbahnlinien eine notwendige Redundanz im ÖPNV-System schafft und an ihren Endpunkten die Verbindung zum langlaufenden SPNV herstellt, geradezu an.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

2. Ausfertigung
IX-0961

Antrag

Linksfraktion

Beratungsfolge:

03.07.2024 BVV

BVV/024/IX

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen: Fraktion der SPD

Betreff: Bus-Erschließung des Neuen Stadtquartiers "Alte Schäferei"

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, bei der SenMVKU und der BVG darauf hinzuwirken, dass die Bus-Erschließung des Neuen Stadtquartiers (NSQ) „Alte Schäferei“, die im Masterplan vorgeschlagen wird, nach Westen über den Schillingweg - Buchholzer Straße - Hauptstr. (Blankenfelde) zum Bahnhof Blankenfelde der NEB, und nach Osten vom zukünftigen S-Bahnhof „Bucher Straße“ über Bucher Straße - Pankgrafenstraße zum S-Bahnhof Karow verlängert wird.

Bei entsprechender Nachfrage ist diese Kernrelation nach Alt Lübars zu verlängern.

Bei der Erstellung des B-Planes für das NSQ „Alte Schäferei“ sind die entsprechenden planerischen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Berlin, den 04.07.2024

Einreicher: Linksfraktion, Fraktion der SPD

Linksfraktion: BV Wolfram Kempe, BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer

Fraktion der SPD: Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

federführend

Begründung:

Bei der Vorstellung des Masterplanes „Alte Schäferei“ im Ausschuss für Stadtentwicklung am ... wurde ausdrücklich betont, dass es keine Busverbindung zur Elisabethaue geben solle. Das Quartier Alte Schäferei darf jedoch kein, in der umliegenden Stadflandschaft isoliertes Quartier bleiben, zumal das dem Ziel, ein „autoarmes“ Wohnviertel zu bauen, entgegenläuft. Hier bietet sich eine Buslinie, die nicht nur die „Alte Schäferei“ sondern auch die Siedlungen Marthasaue und Elisabethaue erschließt, die direkte tangentielle Verbindung zum NSQ Elisabethaue schafft, die Ortslage Blankenfelde anschließt, mit mehreren Übergängen zu verschiedenen Straßenbahnlinien eine notwendige Redundanz im ÖPNV-System schafft und an ihren Endpunkten die Verbindung zum langlaufenden SPNV herstellt, geradezu an.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Antrag

Linksfraktion

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen: Gruppe der FDP

Fraktion der SPD

Beratungsfolge:

03.07.2024 BVV

BVV/024/IX

Betreff: Nahverkehrsknoten Elisabethaue**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird beauftragt, bei der SenBW, der SenMVKU und der BVG darauf hinzuwirken, dass die zukünftige gemeinsame Endstelle der Straßenbahnlinien M1 und 50 an der Kreuzung Schillingweg/Blankenfelder Straße lokalisiert und zu einem Nahverkehrsknoten ausgebaut wird. Carsharing-Plätze und eine Fahrrad Ausleihstation und -abstellanlagen sind dabei vorzusehen.

Außerdem werden die Endstellen der der Busse 124, 259, 154 und 107 auf diesen Knoten konzentriert. Eine entsprechend dimensionierte Bus-Wendeschleife und Ladestationen für Elektrobusse sind einzurichten.

Berlin, den 04.07.2024

Einreicher: Linksfraktion, Gruppe der FDP
Fraktion der SPD

Linksfraktion: BV Wolfram Kempe, BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer

Fraktion der SPD: Roland Schröder

Gruppe der FDP: BV Dr. Thomas Enge, BV Oliver Simon

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

federführend

Begründung:

Die Verlängerungen der Straßenbahnlinien M1 und 50 dienen nicht nur der Erschließung des Neuen Standquartiers Elisabethaue, sie verbinden auch erstmals die Siedlungsgebiete Elisabeth- und Marthasaue mit dem Öffentlichen Verkehr. Gleichzeitig stellt die zukünftige Straßenbahnendstelle quasi das Tor zum Naherholungsraum Blankenfelder Feldmark dar. Auf diese verschiedenen Funktionen muss diese Endstelle nicht nur baulich sondern auch durch ein dort vorgehaltenes Angebot vorbereitet sein.

Die Verlegung der bisherigen Bus-Endstelle in der Blankenfelder Str. (bisher Höhe ...) eröffnet neue, Vernetzungen mit dem und bequeme Umsteigebeziehungen zum länger laufenden (Straßenbahn) öffentlichen Verkehr. Insbesondere aber die Rücknahme des einpendelnden Bus-Verkehrs (Bus 107) erhöht die Zuverlässigkeit der Linie, weil bedeutend weniger Verspätungszeiten (in Niederschönhausen und Alt-Pankow) „aufgesammelt“ werden und der Parallelverkehr mit der Straßenbahn M1 vermieden wird.

Der Buslinie 107 wird schon heute hauptsächlich elektrisch betrieben; diese Entwicklung wird sich fortsetzen und auch andere Linie betreffen. Eine dezentrale Ladestation für Elektrobusse wäre darum an dieser Stelle ideal. Auf eine Ladestation am Waldplatz kann darum verzichtet werden.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0962

Antrag

Linksfraktion

Beratungsfolge:

03.07.2024 BVV

BVV/024/IX

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen:

Betreff: Nahverkehrsknoten Elisabethaue**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird beauftragt, bei der SenBW, der SenMVKU und der BVG darauf hinzuwirken, dass die zukünftige gemeinsame Endstelle der Straßenbahnlinien M1 und 50 an der Kreuzung Schillingweg/Blankenfelder Straße lokalisiert und zu einem Nahverkehrsknoten ausgebaut wird. Carsharing-Plätze und eine Fahrrad Ausleihstation und -abstellanlagen sind dabei vorzusehen.

Außerdem werden die Endstellen der der Busse 124, 259, 154 und 107 auf diesen Knoten konzentriert. Eine entsprechend dimensionierte Bus-Wendeschleife und Ladestationen für Elektrobusse sind einzurichten.

Berlin, den 25.06.2024

Einreicher: Linksfraktion

BV Wolfram Kempe, BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer

Begründung siehe Rückseite

siehe 2. Ausfertigung**Abstimmungsergebnis:**

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Verlängerungen der Straßenbahnlinien M1 und 50 dienen nicht nur der Erschließung des Neuen Standquartiers Elisabethaue, sie verbinden auch erstmals die Siedlungsgebiete Elisabeth- und Marthasaue mit dem Öffentlichen Verkehr. Gleichzeitig stellt die zukünftige Straßenbahnendstelle quasi das Tor zum Naherholungsraum Blankenfelder Feldmark dar. Auf diese verschiedenen Funktionen muss diese Endstelle nicht nur baulich sondern auch durch ein dort vorgehaltenes Angebot vorbereitet sein.

Die Verlegung der bisherigen Bus-Endstelle in der Blankenfelder Str. (bisher Höhe ...) eröffnet neue, Vernetzungen mit dem und bequeme Umsteigebeziehungen zum länger laufenden (Straßenbahn) öffentlichen Verkehr. Insbesondere aber die Rücknahme des einpendelnden Bus-Verkehrs (Bus 107) erhöht die Zuverlässigkeit der Linie, weil bedeutend weniger Verspätungszeiten (in Niederschönhausen und Alt-Pankow) „aufgesammelt“ werden und der Parallelverkehr mit der Straßenbahn M1 vermieden wird.

Der Buslinie 107 wird schon heute hauptsächlich elektrisch betrieben; diese Entwicklung wird sich fortsetzen und auch andere Linie betreffen. Eine dezentrale Ladestation für Elektrobusse wäre darum an dieser Stelle ideal. Auf eine Ladestation am Waldplatz kann darum verzichtet werden.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

2. Ausfertigung
IX-0962

Antrag

Linksfraktion

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen: Gruppe der FDP

Fraktion der SPD

Beratungsfolge:

03.07.2024 BVV

BVV/024/IX

Betreff: Nahverkehrsknoten Elisabethaue

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, bei der SenBW, der SenMVKU und der BVG darauf hinzuwirken, dass die zukünftige gemeinsame Endstelle der Straßenbahnlinien M1 und 50 an der Kreuzung Schillingweg/Blankenfelder Straße lokalisiert und zu einem Nahverkehrsknoten ausgebaut wird. Carsharing-Plätze und eine Fahrradausleihstation und -abstellanlagen sind dabei vorzusehen.

Außerdem werden die Endstellen der der Busse 124, 259, 154 und 107 auf diesen Knoten konzentriert. Eine entsprechend dimensionierte Bus-Wendeschleife und Ladestationen für Elektrobusse sind einzurichten.

Berlin, den 04.07.2024

Einreicher: Linksfraktion, Gruppe der FDP, Fraktion der SPD

Linksfraktion: BV Wolfram Kempe, BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer

Fraktion der SPD: Roland Schröder

Gruppe der FDP: BV Dr. Thomas Enge, BV Oliver Simon

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

_____ Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

federführend

Begründung:

Die Verlängerungen der Straßenbahnlinien M1 und 50 dienen nicht nur der Erschließung des Neuen Standquartiers Elisabethaue, sie verbinden auch erstmals die Siedlungsgebiete Elisabeth- und Marthasaue mit dem Öffentlichen Verkehr. Gleichzeitig stellt die zukünftige Straßenbahnendstelle quasi das Tor zum Naherholungsraum Blankenfelder Feldmark dar. Auf diese verschiedenen Funktionen muss diese Endstelle nicht nur baulich sondern auch durch ein dort vorgehaltenes Angebot vorbereitet sein.

Die Verlegung der bisherigen Bus-Endstelle in der Blankenfelder Str. (bisher Höhe ...) eröffnet neue, Vernetzungen mit dem und bequeme Umsteigebeziehungen zum länger laufenden (Straßenbahn) öffentlichen Verkehr. Insbesondere aber die Rücknahme des einpendelnden Bus-Verkehrs (Bus 107) erhöht die Zuverlässigkeit der Linie, weil bedeutend weniger Verspätungszeiten (in Niederschönhausen und Alt-Pankow) „aufgesammelt“ werden und der Parallelverkehr mit der Straßenbahn M1 vermieden wird.

Der Buslinie 107 wird schon heute hauptsächlich elektrisch betrieben; diese Entwicklung wird sich fortsetzen und auch andere Linie betreffen. Eine dezentrale Ladestation für Elektrobusse wäre darum an dieser Stelle ideal. Auf eine Ladestation am Waldplatz kann darum verzichtet werden.

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen am:

11.09.2024

Beginn: 19:30 Uhr

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete

Unterschrift

Vertreter

Bordfeld, Frederik - Linke -

Groß, Sascha - CDU -

Hauer, Daniel - CDU -

Dr. Jütting, Oliver - Bü 90/Grüne -

Kempe, Wolfram - Linke -

Koufen, Katharina - Bü 90/Grüne -

Krüger, Daniel - AfD -

Lüssow, Axel - Bü 90/Grüne -

Mickley, Birgit - SPD -

N.N., AfD - AfD -

Schröder, Roland - SPD -

Seewald, Jan Arne - CDU -

Simon, Oliver - FDP -

Szidat, Mike - SPD -

Tharan, Almuth - Bü 90/Grüne -

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen am:
11.09.2024**

Beginn: **19:30 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bürgerdeputierte

Unterschrift

Vertreter

Albrecht, Lisa - auf Antrag Linke -

Sommer, Michaela - auf Antrag CDU -

stellv. Bürgerdeputierte

Unterschrift

Vertreter

Gaede, Tino - auf Antrag CDU -

Metzkow, Kaspar - auf Antrag Linke -

BA-Mitglied

Unterschrift

Vertreter

Bechtler, Cornelius - Bü 90/Grüne -
BzStR
